

Ansprache zur Investitur am 12.10.2006, 14 Uhr

Herr Minister,

Frau Oberbürgermeisterin,

Herr Kollege Waschke,

Herr Kollege Diepenbrock,

ich begrüße die Damen und Herren Abgeordnete des Landtags und des Bundestags.

Verehrte Rektoren, Präsidenten, Direktoren, Dekane, Senatoren, Kolleginnen und Kollegen, liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, Hochgeschätzte Festversammlung!

Anlässlich der heutigen Investitur unseres durch den erweiterten akademischen Senat gewählten neuen Rektors und meiner Verabschiedung danke ich meinen Vorrednern für die Würdigung meiner 6-jährigen Amtszeit an dieser Universität und den lobenden Worten, die ich als Anerkennung meiner Tätigkeit gern entgegengenommen habe. Herzlichen Dank. Ein solcher Festakt ist ohne jeden Zweifel ein außerordentlicher Höhepunkt im akademischen Leben unserer Universität.

Meine Damen und Herren, für den heutigen Anlass habe ich lange überlegt, wie ich meinen Part gestalte.

Ein Rückblick auf eine 6-jährige Tätigkeit als Rektor? Nein.

Die Ergebnisse können in den Rektoratsberichten nachgelesen werden.

Ein Exkurs durch die Universitätsgeschichte? Nein.

Zu unserer Universitätsgeschichte habe ich mich oft geäußert, insbesondere im Jubiläumsjahr 2002. Universitätsgeschichte war und ist für mich stets Wirkungsgeschichte mit Blick in die Zukunft. Ich denke, das Motto „Zukunft mit Tradition“ war nicht das schlechteste und könnte ein Ansatzpunkt für die anstehende notwendige Leitbilddebatte sein.

Selbstdarstellung? Nein.

Davon habe ich noch nie etwas gehalten.

Also: Was dann?

Als scheidender Rektor hat man eine Stufe der Freiheit erreicht, auf der man ohne Rücksichtnahmen, die durch das hohe Amt definiert sind, sprechen darf. Noch einmal mit den Insignien des Rektors ausgestattet, stellt für mich die heutige Rede eine Herausforderung dar, die ich bewusst unter das Thema „Die Zukunft der Universität“ stelle, damit meine ich sowohl die Universität abstrakt als auch konkret die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Universität – insbesondere in Deutschland – prinzipiell als Jahrhundert alte Institution freiheitlicher Forschung und Lehre stets eine Zukunft haben wird, obwohl manche öffentliche Diskussion im politischen Raum mit Talkshowcharakter oft einen anderen Eindruck reflektiert.

Ist die Zukunft der Universität die Volluniversität oder die Forschungsuniversität oder die Lehruniversität? Von derartigen unzulässigen Verkürzungen halte ich nichts.

Universität wurde, ist und wird durch Forschung und Lehre gelebt. Das Ansehen einer Universität wird durch Leistung bestimmt – gegenwärtig in einem gnadenlosen internationalen Wettbewerb in einer globalisierten Welt. Daraus resultiert eine Differenzierung der Universitätslandschaft und eine Differenzierung der Universität im Inneren. Für Universitäten sind weltweites Denken und Handeln nicht neu, sie sind zwei ihrer Grundprinzipien. Die alleinige Reduzierung und Einbindung der Universität in durch Finanzen definierte Hochschullandschaften in sich abschottenden Bundesländern kann keine Perspektive darstellen. Die Osthochschulen brauchen keine Gnadenbekundungen für einen Sonderwettbewerb zu einseitig anerkannten Stärken in der Lehre. Der

deutliche Sprung der Martin-Luther-Universität nach vorn im Förderranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft unter der Thematik „Institutionen – Regionen – Netzwerke“ zeigt, dass wir uns nicht verstecken müssen.

Man muss aber auch zur Kenntnis nehmen, dass sich Universitätsentwicklung unter gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vollzieht - denken wir beispielsweise an das Erlühen und den Niedergang der Wittenberger Universität oder gegenwärtige Fusionierungen von Hochschulen und Einrichtungen unterschiedlicher Hochschulen in Deutschland.

In Deutschland gehören zu diesen Rahmenbedingungen u. a.:

- Lage der öffentlichen Haushalte
- Föderalismusreform
- Wirtschaftliches Umfeld einer Universität
- Bolognaprozess
- Profilbildung und Schwerpunkte
- Vorhandensein eines starken außeruniversitären Forschungsfeldes
- W-Besoldung für Professoren und unmittelbar bevorstehende Einführung des Tarifvertrages der Länder auch an den Hochschulen
- Demografische Veränderungen
- Noch nicht vollständig bewältigte Strukturänderungen der Hochschulen im Osten Deutschlands
- Nicht absehbare Rechtsform Änderungen der Universitätsmedizin
- Einführung von Studiengebühren.

Man kann lange über diese Punkte wehklagen. Das ist vergeudete Zeit, diese Rahmenbedingungen sind schlicht und einfach vorhanden.

Bei der Aufzählung der Punkte wird deutlich, dass besonders die Wirkungen der Föderalismusreform, die Lage der Haushalte der Bundesländer, die demografischen Veränderungen, das wirtschaftliche Umfeld der Universitäten und die Einführung und Wirkung von Studiengebühren in Deutschland unterschiedlich ausgeprägt sind – insbesondere zwischen Ost und West. Das Verstehen von nicht mehr zu ändernden Rahmenbedingungen auch als Herausforderungen und letztendlich als Chance für die Hochschulen und das rationale Meistern von Problemen im Sinne des Gemeinwohls sind im Osten Deutschlands deutlicher ausgeprägt. Das hat auch die Martin-Luther-Universität in den letzten Jahren bewiesen, sie sollte sich selbstbewusst unter diesen Rahmenbedingungen der Entwicklung stellen und die Zukunft gestalten. Ein Fundament dazu ist die am 16. Dezember 2005 unterzeichnete Zielvereinbarung (vgl. [http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek\\_Bildung\\_und\\_Wissenschaft/Zielvereinbarungen/Zielvereinbarung\\_2006ff\\_MLU.pdf](http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Bildung_und_Wissenschaft/Zielvereinbarungen/Zielvereinbarung_2006ff_MLU.pdf) ). ***(Falls dieser Link nicht funktioniert, bitte direkt auf meiner Homepage anklicken!)***

Es ist zunächst notwendig auf zwei ernüchternde Fakten einzugehen:

1. Finanzspielraum des Landes Sachsen-Anhalt
2. Föderalismusreform

Zu 1.

Das Land Sachsen-Anhalt hat sich das ehrgeizige – in meinen Augen auch richtige und notwendige – Ziel gesetzt, eine Entwicklung einzuleiten, so dass ab 2011 auf Kredite verzichtet werden kann und danach die Tilgung der aufgelaufenen Verschuldung läuft. Theoretische Berechnungen gehen dabei von einem Zeitraum von 110 Jahren bei einer jährlichen Rückführung von 200 Mio. € aus. Diese jährliche Summe liegt deutlich über den gegenwärtigen Haushalt der Universität.

Das zu erwartende sinkende Einnahmenniveau des Landes bedeutet bis 2020 eine Rückführung des Gesamthaushaltes des Landes von derzeit 10 Mrd. € auf ca. 6.5 Mrd. €. Vor diesem Hintergrund hat der Finanzminister von Sachsen-Anhalt erklärt: „Jegliche Tarifsteigerungen, die von den öffentlichen Haushalten zu erbringen sind, stellen eine kaum finanzierbare Belastung dar.“ Ich füge hinzu: Aber mit dem neuen TVL sind sie gesetzt, für die Hochschulen des Landes ab spätestens 2010 eine äußerst schwierige Situation. Bei der Martin-Luther-Universität geht es dabei immerhin um ca. 11 Mio €.

Zu 2.

Der bisherige Artikel 91 a des Grundgesetzes – die Gemeinschaftsaufgabe zur Finanzierung des Hochschulbaus und von Großgeräten – wird zum 1. Januar 2007 außer Kraft gesetzt.

„Der Artikel 91 b wird wie folgt gefasst:

(1) Bund und Länder können auf Grund von Vereinbarungen in Fällen überregionaler Bedeutung zusammenwirken von:

1. Einrichtungen und Vorhaben der wissenschaftlichen Forschung außerhalb von Hochschulen
2. Vorhaben der Wissenschaft und Forschung an Hochschulen
3. Forschungsbauten an Hochschulen einschließlich Großgeräten.

Vereinbarungen nach Satz 1 Nr. 2 bedürfen der Zustimmung aller Länder.“

Diese Änderung hat insbesondere zur Folge, dass der allgemeine Bau und Ausbau von Hochschulen und leider auch der Universitätsklinika nach Inkrafttreten der Föderalismusreform in der alleinigen Zuständigkeit der Länder liegt. Die Übergangsbestimmungen lösen die Bauprobleme der Universität nicht, sie bedürfen der Ergänzung durch EU Mittel.

Ab 1. August 2008 können die Länder vom Hochschulrahmengesetz abweichende Ländergesetze erlassen - ein in meinen Augen wichtiger Fakt.

Verlässlich belastbar ist nur Punkt 1 der Neufassung des Artikels 91 b, aus dem u.a. folgt, dass Einrichtungen der Max-Planck-, der Fraunhofer-, Leibniz- und Helmholtz-Gesellschaft und der DFG weiterhin von Bund und Ländern finanziert werden.

Besteht Grund zur Resignation? Keinesfalls. Es gibt nur eine vorwärtstreibende Haltung, ich wiederhole und präzisiere:

Für jede Universität – im Osten Deutschlands noch viel deutlicher: Die Herausforderungen des gnadenlosen internationalen Wettbewerbs der Hochschulen untereinander annehmen und Profilbildung und Schwerpunktsetzungen unter Einbeziehung des außeruniversitären Forschungsumfeldes konsequent betreiben. Dazu haben Land und Universität ein Bekenntnis in der Zielvereinbarung vom Dezember 2005 für die nächsten 5 Jahre gegeben. Für unsere Universität ist das außeruniversitäre Forschungsumfeld hervorragend.

Da heute nicht nur „Insider“ anwesend sind, möchte ich die Universitätsschwerpunkte noch einmal kurz einordnen:

- Biowissenschaften: Strukturen und Mechanismen der biologischen Informationsvereinbarung. Hier wirken zusammen: Universität, Leibniz Institute für Pflanzenbiochemie in Halle und für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben sowie die Max-Planck-Forschungstelle für Enzymologie der Proteinfaltung
- Materialwissenschaften: Nanostrukturierte Materialien. Hier wirken zusammen: Universität, Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik und Fraunhofer Institut für Werkstoffmechanik

- Geisteswissenschaften 1: Asien und Afrika in globalen Bezugssystemen. Hier wirken zusammen: Universität und Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung.
- Geisteswissenschaften 2: Aufklärung, Religion, Wissen. Transformationen des Religiösen und des rationalen in der Moderne. Hier wirken in Weiterentwicklung der Thematik im Rahmen eines gestellten Antrages zur Bundesförderung zusammen: Die Universitäten Halle und Jena und die Nationalen Forschungsstätten in Weimar.

Den Schwerpunktsetzungen sind erfolgreiche Sonderforschungsbereiche, Graduiertenkollegs, Forschergruppen vorausgegangen.

In Halle und Umgebung gibt es noch weitere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die mit einzelnen Fakultäten kooperieren. Hier ist noch weiteres und unerschlossenes Entwicklungspotential zur Profilbildung der Universität vorhanden.

Also: Wir erkennen eine Antwort auf den Titel „Zukunft der Universität“, die im zweiten Teil des Vortrages noch etwas ausgebaut werden soll, sowohl im allgemeinen als auch im besonderen.

Diese Entwicklungsmöglichkeit wurde in der Vereinbarung der großen Koalition in Sachsen-Anhalt noch einmal unterstrichen, in dem folgender wichtige Satz festgehalten wurde: „Die Finanzausstattung der Hochschulen soll mittelfristig so gestaltet werden, dass diese gegenüber den staatlichen außeruniversitären Einrichtungen nicht benachteiligt werden, “unter den eingangs geschilderten Rahmenbedingungen ein ehrgeiziges Ziel. Aber hier hat die Politik eine Prämisse gesetzt, die für die Zukunft des Landes unabdingbar ist. Daran muss die Hochschulpolitik des Landes gemessen werden.

Ich empfinde es als bahnbrechend, dass es durch das Zusammenwirken von Hochschulen, Landesregierung und Landtag – und dort auch relativ parteiübergreifend – gelungen ist, 80 % der Fördermittel im Bereich des Kultusministeriums für Schwerpunkte zu konzentrieren und eine Landesinitiative „Netzwerke wissenschaftlicher Exzellenz in Sachsen-Anhalt“ im Jahr 2004 zu installieren. Die Unterzeichnung des zugehörigen „Rahmenvertrags zur Forschung und Innovation zwischen der Regierung und den Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt 2006-2010“, der insbesondere die Verstetigung der Mittel sichern soll, steht allerdings nach wie vor aus. Seit fast einem Jahr liegt ein unstrittiger Entwurf vor. Die in der Landesinitiative eingeführten Instrumente und bereitgestellten Mittel wie

- Realisierung vorgezogener Berufungen
- die Etablierung wissenschaftlicher Nachwuchsgruppen
- die Errichtung von Graduiertenschulen
- die Nutzung von Forschungsprojekten und Verbänden
- die strategische Anschaffung von Geräten und entsprechenden Infrastrukturausstattungen
- den Wissens- und Technologietransfer innerhalb der Schwerpunkte und zum Zweck der Kooperation von Hochschuleinrichtungen und Unternehmen zur Entwicklung und Verwertung innovativer Produkte

gilt es, für die Strukturentwicklung der Universität zu nutzen. Dabei muss sich die Berufungspolitik am Profilierungsprozess orientieren. Im Zusammenhang mit der Landesinitiative liegen dazu hoffnungsvolle erste Ergebnisse vor. Die Schwerpunktbereiche stehen jedoch in der Pflicht nachzuweisen, das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Als Qualitätskontrolle wird am Ende die Evaluierung stehen und die Frage zu beantworten sein: Welches Ergebnis haben die zusätzlichen Mittel für



die Entwicklung der Universität im internationalen Wettbewerb, insbesondere bei der Einwerbung von langfristigen Drittmitteln, auch im Rahmen der EU gebracht?

Eine schwierige Aufgabe bei Schwerpunktsetzungen ist allerdings die Steuerung der Entwicklung so, dass an der Universität ein Spektrum vorhanden ist, so dass die Erschließung neuer Gebiete möglich ist und damit weitere Innovation entsteht. Das dies möglich ist zeigt die Entwicklung der DFG Forschergruppe „Der Aufbruch zu neuen Horizonten. Die Funde von Nebra, Sachsen-Anhalt und ihre Bedeutung für die Bronzezeit Europas.“ Hier wirken die Universitäten Halle, Leipzig, Jena, Bochum und das Landesamt für Archäologie und Denkmalpflege Sachsen-Anhalt zusammen.

Mit Schwerpunktsetzungen ist auch Vielfalt entwicklungsfähig, der Aufklärungsschwerpunkt der Universität hat es unlängst bewiesen. Zur Qualitätssicherung arbeiten die Schwerpunkte mit unabhängigen wissenschaftlichen Beiräten, die die Entwicklung begleiten und Empfehlungen zur Weiterentwicklung geben. Diese Empfehlungen werden übergreifend in einem wissenschaftlichen Beirat am Wissenschaftszentrum Wittenberg bewertet und Empfehlungen zur Bewilligung erarbeitet. Damit sind Instrumente und Gremien vorhanden, die nur der Wissenschaft verpflichtet sind. Ich halte den in Sachsen-Anhalt begonnenen Weg der externen Bewertung der Hochschulentwicklung für richtig.

Zu einer wahren Flut von Evaluierungen darf es allerdings nicht kommen, dies würde Schwerpunktbildung zerstören, denn Wissenschaft benötigt langfristige Entwicklungsperspektiven.

Auf noch einen Aspekt möchte ich hinweisen, nämlich den der technologisch orientierten Plattformen der Schwerpunkte, d.h., die Universität nimmt dort auch ihre Verantwortung zur praktischen

Umsetzung von Forschungsergebnissen wahr. Das ist für unsere Universität nicht neu, wie erfolgreiche Firmenausgründungen aus der Universität in unmittelbarer räumlicher Nähe zur Universität eindrucksvoll belegen. Dieser Weg sollte weiter beschritten werden.

Aber es muss auch gelingen weitere sichtbare Kooperationen mit der Großindustrie zu entwickeln. Ein gelungenes Beispiel ist die Zusammenarbeit mit DOW. Eine weitere realistische Entwicklungsmöglichkeit sehe ich in einer Kooperation mit der aufstrebenden Industrie zur Solarenergie in Wolfen im Rahmen der Schwerpunktentwicklung der nanostrukturierten Materialien im Zusammenwirken mit dem außeruniversitären Forschungsumfeld. Reserven sehe ich in einer noch deutlicheren Nutzung der sogenannten Ressortforschung für die übergreifende Innovationsentwicklung in Sachsen-Anhalt unter Einbindung der Hochschulen.

Ich möchte aber an dieser Stelle noch einmal deutlich darauf hinweisen, dass die Forschung an einer Universität in erster Linie Grundlagenforschung ist. Diskussionen zur Wertigkeit von Grundlagenforschung und angewandter Forschung sind für eine Universität kontraproduktiv und wesensfremd, die Übergänge in beide Richtungen sind gleitend. Es zählt das international wahrnehmbare Ergebnis.

Der Übergang zur Profil- und Schwerpunktentwicklung fällt mit der Einführung einer neuen Studienstruktur Bachelor/Master und der Installation von Promotionsstudiengängen zusammen. Ich sehe hier für die Universität durch forschungsorientierte Lehre im Masterbereich und die Entwicklung von internationalen Promotionsstudiengängen eine große Chance, die Humboldtsche Universitätsidee der Einheit von

Forschung und Lehre mit neuem Leben zu erfüllen. Vorarbeiten wurden in den letzten Jahren erbracht und entsprechende Beispiele sind vorhanden. Bei allen Diskussionen zur Forschung in Deutschland müssen wir uns darüber im klaren sein, dass Universitätsentwicklung tatkräftige Studierende voraussetzt und wir der jungen Generation ein Studium ermöglichen müssen, so dass die Absolventen befähigt sind, Wege zu beschreiten, die es Ihnen ermöglichen, Führungspositionen in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und in der Wissenschaft einzunehmen. Sie müssen zur Elite gehören, daher kann ein Universitätsstudium nicht auf enge Spezialausbildung verkürzt werden, es muss Bildung vermitteln - im Interesse der Entwicklung der Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt – im Sinne einer schöpferischen Hochschullandschaft -, dass die neue Studienstruktur einerseits Strukturentscheidungen in der Universität und andererseits übergreifende Strukturentscheidungen im Land nach sich ziehen müssen. Betrachtet man konkret vor diesem Hintergrund in Sachsen-Anhalt noch einmal den damaligen Abschlussbericht von Dr. Benz, ehemaliger Generalsekretär des Wissenschaftsrates (vgl.: <http://www.verwaltung.uni-halle.de/senat/endafassung.htm> ), die Stellungnahme des Wissenschaftsrates zur Evaluierung eines Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Zentrums an der Universität Halle-Wittenberg (Wissenschaftsrat Empfehlungen und Stellungnahmen 2006, Band III, Seite 269 ff, vgl.: [http://www.wissenschaftsrat.de/texte/est\\_bd3\\_2006.pdf](http://www.wissenschaftsrat.de/texte/est_bd3_2006.pdf) ) und die noch nicht offiziellen, aber bereits bekannten Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Agrarwissenschaften (inzwischen unter

<http://www.wissenschaftsrat.de/texte/7618-06.pdf> nachlesbar), so besteht Handlungsbedarf im Land und an der Universität.

Das ein solcher Weg unbequem ist und wieder zu heftigsten Auseinandersetzungen führen wird, erahnen wir alle. Im Sinne von Entwicklung ist er aber unvermeidbar. Diesen Kraftakt sollten die Hochschulen selbst bewältigen.

In diesem Zusammenhang halte ich auch ein deutliches Maß an mehr Autonomie für nötig, einmal ein Autonomiezuwachs der Universität gegenüber dem Land verbunden mit einem mehr Autonomie für die Fakultäten sowie mehr Autonomie des Rektorates für Schwerpunktentwicklungen. Mit Blick auf die schon mehrfach erwähnten Zielvereinbarungen und das Hochschullandesgesetz ist dies möglich. Ein vom Landtag verabschiedetes von der Universität erarbeitetes Universitätsgesetz für die Martin-Luther-Universität, basierend auf den Erfahrungen der TU Darmstadt (vgl.:

[http://www.hessenrecht.hessen.de/gesetze/70\\_wissenschaft\\_forschung\\_lehre/70-233-TUD-Gesetz/TUD-Gesetz.htm](http://www.hessenrecht.hessen.de/gesetze/70_wissenschaft_forschung_lehre/70-233-TUD-Gesetz/TUD-Gesetz.htm) ), ist für 2008 eine realistische Vision, man muss es nur wollen. Blickt man auf die Leitungsstrukturen der Universitäten, die im Wettbewerb „Eliteuniversität“ in der ersten Runde erfolgreich waren, so erkennt man Unterschiede zu den zur Zeit bei uns vorhandenen. Ich meine hier kürzere Wege zur Entscheidungsfindung und Möglichkeiten zur wirkungsvolleren Durchsetzung von Entscheidungen durch das Rektorat und die Dekanate, vielleicht auch nur durch den Rektor und die Dekane.

Meine Damen und Herren, in der Öffentlichkeit wird viel über die Bedeutung der Geisteswissenschaften und einer Krise dieser Disziplinen diskutiert. Beim öffentlichen Diskurs wird dabei leider Wissenschaft auf bloßes Anspruchsdenken – auf Nützlichkeit zur Entwicklung von Produkten und Technologien verkürzt. Die Entwicklung einer

Gesellschaft darf nicht auf kurzfristiges Alltagsdenken innerhalb von Legislaturperioden beschränkt werden. Parteipolitische Rücksichtsnahmen dürfen nicht zum Primat werden. Eine Gesellschaft, die auf wissenschaftliche Fundierung ihrer Entwicklung verzichtet und damit notwendige konsequente Entscheidungen umgeht oder hinauszögert, verkommt zu einer Welt hilfloser Scheinlösungen, die Kultur würde zur bloßen Folklore degradiert. Aufwind für Extreme am rechten Rand sind die Folge.

Für die Entwicklung einer Gesellschaft halte ich Geisteswissenschaften für unverzichtbar, denken wir dabei beispielsweise an ethische und rechtliche Fragen im Zusammenhang mit dem medizinischen Fortschritt oder dem dringend notwendigen Dialog der Kulturen mit dem Ziel der Friedenssicherung, an Anforderungen der Staatsentwicklung im vereinten Europa oder die Erforschung vergangener Epochen, um jetzige Entwicklungen zu verstehen. Diese Fragen sind ohne Vordenken und Begleiten durch Geisteswissenschaften unlösbar. Wir als Universität müssen uns dabei nicht verstecken, wenn wir an unsere nachhaltig wirkenden historischen Wurzeln der Reformation und Frühaufklärung denken.

Die oben aufgezählten geisteswissenschaftlichen Schwerpunkte machen unseren Anspruch deutlich.

Die langfristige Vorbereitung des 500jährigen Reformationsjubiläums als Wirkungsgeschichte ist hierbei eine weitere Chance und Herausforderung, aber es besteht weitere Möglichkeiten. Als einzige Hochschule des Landes hat unsere Universität die Aufgabe der Lehramtsausbildung infolge der Hochschulstrukturplanung des Landes erhalten. Gerade mit Blick auf die oft beklagten Probleme in der Gesellschaft sehe ich hierbei eine riesige Aufgabe, die noch um die Einbeziehung der Komponente der frühkindlichen Entwicklung ergänzt

werden muss. Denn nur, wenn wir die Entwicklung vom Kind bis zum Absolventen der Schule als Prozess mit der wichtigen Etappe des Starts in das Berufsleben oder in ein Studium sehen, werden Perspektiven eröffnet. Natürlich müssen dabei auch Umsteuerungen innerhalb der Universität erfolgen.

Meine Damen und Herren ich bin davon überzeugt, dass die Realität zu einem intensiven Dialog zwischen Universität und Gesellschaft führt, der dringend geboten ist. Wie ergebnisreich dieser Dialog geführt wird, wie verständlich sich dabei die Universität machen kann, bestimmt auch die Wahrnehmung und den Stellenwert der Universität in allen ihren Facetten und damit letztendlich auch ihre Relevanz bei Entscheidungen der Politik. Daran müssen wir hart arbeiten, nicht nur als Martin-Luther-Universität allein, sondern auch als Hochschulen insgesamt. Gerade mit den Veränderungen des Föderalismus braucht die Gesellschaft die übergreifende Stimme der Hochschulen insbesondere gilt das auch für Sachsen-Anhalt. In diesem Zusammenhang kommt dem Wissenschaftszentrum Wittenberg (vgl.: <http://www.burg-halle.de/wzw.html> ) eine besondere Bedeutung zu, an dessen Gründung ich 2005 mitwirken konnte.

Den dort formulierten Anspruch der Erarbeitung von Strategien der Wissenschaftsentwicklung und die Aufgaben im Zusammenhang mit den Veränderungen in der Förderpolitik zu Schwerpunktsetzungen sollten sich die Hochschulen bewahren und nicht zerreden lassen, von Ämtern geprägtes Anspruchsdenken und Kompetenzrängeleien entsprechen nicht dem Geist des Zentrums.

Im Rückblick bin ich äußerst dankbar, dass ich in den letzten zwei Jahren Präsident der Landesrektorenkonferenz sein durfte. Ich freue mich, dass es uns gemeinsam gelungen ist, eine konstruktive Verständigung über die Punkte zu finden, die unabhängig vom

Hochschultyp wesentlich zur Entwicklung jeder Hochschule beitragen (vgl.: [http://www.lrk-lsa.de/LRKPI\\_Zielvereinbarungen.doc](http://www.lrk-lsa.de/LRKPI_Zielvereinbarungen.doc), <http://www.lrk-lsa.de/Studierendenzahlen.doc> ). Eine starke und in den Fundamenten solidarisch agierende Landesrektorenkonferenz ist unverzichtbar für eine erfolgreiche Entwicklung der Hochschulen des Landes und damit für eine erfolgreiche Wissenschafts- und Hochschulpolitik des Landes. Das gehört auch zur Autonomie zwischen Land und Hochschulen.

Meine Damen und Herren, in dem eingangs zitierten Ranking der DFG heißt es: „Die Einheitshochschule gibt es nicht, jede Universität setzt in der Forschung ihre eigenen Akzente.“ Ich denke, diesen Satz können wir voll für uns - die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg – in Anspruch nehmen. Ich hoffe, dass die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, dass in den letzten 6 Jahren Weichen in Richtung der Zukunft der Universität gestellt wurden.

Meine Damen und Herren, sechs Jahre Rektortätigkeit waren nie langweilig und stellten eine unvergleichliche Herausforderung dar, die allerdings auch teilweise an die Grenzen der Belastbarkeit gingen. Die Probleme der ersten Amtszeit waren in erster Linie mit der 80 % Universität und dem Beginn der Hochschulstrukturplanung des Landes verbunden, deren erste Stufe die Zielvereinbarung vom März 2003 bis 2005 darstellte. In der zweiten Amtszeit stand die Hochschulstrukturplanung des Landes im Mittelpunkt - verbunden mit drei Ergänzungsvereinbarungen in den Jahren 2004 und 2005 und die damit verbundene Reduktion des Universitätshaushaltes um 12 % sowie die Aufgabe der Ingenieurausbildung für die Universität, die zu einer wahren Zerreißprobe für die Universität wurde. Die Grenzen von

Gremienbeschlüssen wurden mehr als deutlich. Während der zweiten Legislaturperiode traten ein neues Hochschulgesetz und ein neues Landesgesetz zur Hochschulmedizin, verbunden mit einer Rechtsformänderung des Universitätsklinikums in Kraft. Aus diesen Gesetzen resultierte die Erarbeitung einer neuen Grundordnung mit einer neuen Fakultätsstruktur. Wesentlich für die Universität – wie für jede Universität in Deutschland – war der Prozess der Einführung einer Studienstruktur. Breiten Raum nahmen Schwerpunktsetzungen und Profilentwicklungen ein, die ihren Niederschlag nach einem wahren Verhandlungsmarathon in der Zielvereinbarung 2006-2010 gefunden haben. Das waren bei weitem – wie Sie sich sicher alle vorstellen können - noch längst nicht alle Aufgaben, aber Aufgaben die in einer solchen Dichte für eine Rektoratslegislaturperiode nicht unbedingt typisch sind.

Verehrte Festversammlung, ich möchte nicht ohne einige Worte des Dankes meine Ausführungen beenden.

Mit dieser Universität hat die 1200jährige Stadt Halle an der Saale ein Juwel in ihren Mauern und die Universität braucht die Stadt als Basis, aber auch als Mitstreiter für ihre weitere Entwicklung. Deshalb mein herzlicher und aufrichtiger Dank stellvertretend an unser Stadtoberhaupt, Frau Häußler, für die aufgeschlossene und erfolgreiche Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen.

Für die Universität war es sehr wichtig, eine gute Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium weiter zu entwickeln. Wenn leider auch manche Wünsche, besonders im materiellen Bereich, offen blieben, so konnten doch viele Fragen und Probleme kurzfristig und durch enge persönliche Kontakte gelöst werden. Dafür sei dem Minister, Herrn Prof. Olbertz, den



Staatssekretären sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlicher Dank gesagt.

Besonders zu Dank verpflichtet bin ich den Mitgliedern der beiden Rektorate der Vergangenheit, den Prorektoren und dem Kanzler, für ihren Einsatz bei der Entwicklung der Universität. Eine sinnvolle Arbeitsteilung und ein kollegiales Zusammenwirken ließen auch schwierige Situationen im Sinne der Universität meistern, so dass dieses von mir geleitete Rektorat der letzten Legislaturperiode mit den Prorektoren Herrn Solms, Herrn Schenkluhn und Herrn Neubert und dem Kanzler Herrn Hecht mit weit in die Zukunft reichenden Ergebnissen seine Tätigkeit beendete.

Ein Herzensbedürfnis ist es mir, den Mitarbeiterinnen des Rektoratsbüros, Frau Heller als Büroleiterin, Frau Rehschuh als Leiterin der Gremiengeschäftstelle und Presssprecherin, Frau Kolb und Frau Weber als Sekretärinnen, besonders Dank zu sagen. In diesen Dank möchte ich unbedingt Herrn Wilhelm als Rektoratsfahrer mit einschließen. Er hat die Mitglieder des Rektorates sicher und zuverlässig und mit Geduld in den letzten 6 Jahren ca. zwei mal um den Äquator gefahren. Insbesondere der Einsatz von Frau Heller und Frau Rehschuh für die Universität und die uneigennützig, ehrliche, aufmunternde und konstruktive von wechselseitigen Vertrauen geprägte Unterstützung, die ich durch sie stets erfahren habe, sind nicht in Worte zu fassen. Ich versuche es kurz so: Ohne ihr Wirken sind für mich die letzten 6 Jahre nicht vorstellbar. Sie haben sich um die Universität bleibend verdient gemacht. 1000facher Dank!

Auch freue ich mich, dass die Damen und Herren des Akademischen Senates, die Dekane, die Fakultäts- und Fachbereichsräte gesamtuniversitären Interessen bei ihren Entscheidungen in der Regel

den Vorrang gaben. Ich möchte in den Dank die Statusgruppe der Studierenden und den Studierendenrat selbstverständlich mit einschließen. Unsere Gespräche waren für mich essentiell. Fast immer hat am Ende ein von allen Seiten akzeptiertes Ergebnis gestanden. Speziell möchte ich das konstruktive Ringen um die Grundordnung nennen.

Aber natürlich ist eine reibungslose Arbeit nur durch den engagierten Einsatz vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Prorektorate und der Einrichtungen der Zentralen Universitätsverwaltung möglich gewesen.

Weiterhin danke ich den Mitgliedern des Kuratoriums der Universität. Auch wenn wir dort nur ca. 1 1/2 Jahre zusammenarbeiten konnten, hat mich die Ernsthaftigkeit des Wahrnehmens ihres Mandates tief beeindruckt.

Den Personalräten danke ich ebenfalls gern für die Zusammenarbeit. Wenn die Zeit auch nicht immer konfliktfrei war, stelle ich mit Genugtuung fest, dass wir gemeinsam den Auftrag der vertrauensvollen Zusammenarbeit ernst genommen haben.

Dank gebührt der Vereinigung der Freunde und Förderer der Universität.

Auch im Hinblick auf die Außenwirksamkeit der Universität möchte ich hier ausdrücklich die Zentrale Kustodie unter Leitung von Dr. Speler, das Collegium musicum mit dem Reichardt Chor unter Leitung von Herrn UMD Lorenz, dem Akademischen Orchester unter Leitung von Matthias Erben, beide gestalten ja künstlerisch auch die heutige Festveranstaltung aus, und die Uni-Jazz-Band unter Leitung von Herrn

Reszel nennen. Allen Mitgliedern unserer Universität, aber auch allen Anderen aus Zeitgründen nicht Genannten, sei ebenfalls herzlich gedankt für ihre stete Unterstützung.

Ich danke weiterhin den Mitarbeitern des WZW, besonders der Geschäftsführerin, Frau Dr. Bischoff, für die stets zuverlässige und konsequente Zusammenarbeit auf Gebieten, die für uns beide neu waren und mitunter regelrechte Gradwanderungen erforderten und erfordern.

Herzlichen Dank gebührt auch der DGB Kooperationsstelle.

Schließlich gebührt ein besonderer tiefer Dank meiner Frau Regina und unserer Tochter Annekathrin. Ohne Euren Rückhalt hätte ich die letzten sechs Jahre nicht durchgestanden.

Meine Damen und Herren, während der Zeit als Rektor habe ich mir etwas Zeit für mein Fach, die stochastische Analysis abgerungen. Ich möchte diese Zeit nicht missen. Jetzt bin ich wieder Professor für Stochastik und nehme mir etwas Zeit für akademische Selbstverwaltung ab.

Meine Damen und Herren, ich habe in meiner Rede über die Zukunft der Universität gesprochen. Damit diese gestaltet werden kann, ist das selbstbewusste Bekenntnis, das mein Nachfolger, Herr Kollege Diepenbrock zum Titel seiner Rede „Wir sind die Universität“ wählte, unabdingbare Voraussetzung. In diesem Sinne wünsche ich dem neu gewählten Rektorat unter ihrer Leitung, sehr geehrter Herr Diepenbrock, eine stets erfolgreiche Tätigkeit für die Zukunft. Mögen weiterhin ein kollegiales Verständnis füreinander Entscheidungen im

gesamtuniversitären Interesse fördern, so dass Sie und wir nach vier Jahren auf eine erfolgreiche Amtsperiode zurückblicken können.

Halten wir es mit Charles F. Kettering: „Wo aufgeschlossene Geister und bereite Hände existieren, wird es immer Neuland geben.“ Wenn Sie es für richtig erachten, können Sie mich zu den „bereiten Händen“ zählen. Alles erdenklich Gute und der Universität großen Dank, dass ich Ihr Rektor sein durfte.